



16. GRÜNES BLATT | 2024

GRÜNES BLATT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRÜGGEN



EUROPA GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN UND PROFITIEREN

EIN AUFRUF, SICH AN DER WAHL ZU BETEILIGEN

Die Freiheit, die wir heute in der Europäischen Union genießen und für selbstverständlich halten, war vor einer Generation noch undenkbar. Könnt Ihr Euch noch erinnern, wie umständlich es war, wenn wir hier in unserer Gemeinde „mal eben“ nach Holland fahren wollten?

1. Zu einem Grenzübergang fahren, der offen war. Ab einer gewissen Uhrzeit waren manche Übergänge nicht mehr besetzt. Eben mal mit dem Rad oder Auto irgendwo rüber, war verboten.

2. Immer einen gültigen Reisepass oder Personalausweis vorzeigen können. Ohne dem war an der Grenze die Fahrt zu Ende.

3. DM in Gulden, entweder in Deutschland oder in den Niederlanden, gebührenpflichtig umtauschen.

4. Beim Einkaufen in den Niederlanden immer im Kopf haben, wie viel man von was pro Erwachsenen oder Kind nach Deutschland einführen darf.

5. Rechtzeitig vor Dienstschluss wieder am Grenzübergang sein.

6. An der Grenze den Grenzbeamten Rede und Antwort stehen, was man eingekauft hat. Wenn man Pech hatte, musste man Zoll oder sogar Strafe zahlen. Wenn es arg kam, musste man Teile seines Einkaufs an der Grenze zurücklassen oder das Auto wurde gründlich durchsucht.

Wir Jüngeren sind in einem Europa des Friedens und der offenen Grenzen aufgewachsen. Wir können ohne Probleme grenzübergreifend in 27 Ländern Freundschaften schließen, zur Arbeit fahren, Feiern gehen oder mal eben zum Einkaufen rüber.

Das alles gilt es zu bewahren und friedlich zu gestalten.

Wir Grünen haben lange gekämpft, dass auch die mitreden können, denen das Europa der Zukunft gehört.

Endlich darf ihr am 9. Juni 2024 schon mit 16 Euer Europa wählen.

Geh wählen, überlass die Entscheidung über Deine Zukunft nicht den anderen!

Herzliche Grüße,

**Ihre Grünen Ortsverbandvorsitzenden
Sonja Lankes und Gaby Tröger**

Impressum

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Ortsverband Brüggen
Sonja Lankes,
Heinrich-Dohmen-Weg 17
41379 Brüggen

Verantwortlich:
Gaby Tröger, Sonja Lankes
Vorsitzende des Ortsverbandes

www.gruenebrueggen.de
www.facebook.com/gruene.bbb
email: ortsverband@gruenebrueggen.de



Diese Ausgabe wurde durch Klimakompensation in Erneuerbare-Energie-Projekte klimaneutral gestellt. Darüber hinaus hat der Ortsverband „Bündnis 90/Die Grünen“ zur weiteren Kompensation zwei Bäume neu gepflanzt.



schmitz
druck &
medien
Weiherfeld 41
D - 41379 Brüggen
t 02163-95093-0

Bei der Herstellung wurden mineralölfreie und cobaltfreie Farben verwendet.



EU - NATO

Immer wieder stößt man im Gespräch auf Unverständnis, wenn es angesichts der aktuellen Sicherheitslage in Europa darum geht, die Rolle von EU und NATO zu definieren. Hakt man nach, ist das Unverständnis oft Unkenntnis.

Grund genug für uns, einmal Grundsätzliches aufzuzeigen:

Die Europäische Union (EU)

27 europäische Staaten schlossen sich 1992 mit dem „Maastricht Vertrag“ zu einer Staatengemeinschaft zusammen. Was wenig bekannt ist, der Wahlspruch der EU lautet „In Vielfalt geeint“. Damit ist bereits ausgedrückt, was die EU sein will und was sie nicht sein will. Ein Staatenverbund nach Vorbild der Vereinigten

Staaten von Amerika, in der die einzelnen Staaten große Teile ihrer Eigenständigkeit aufgegeben haben, war als „United States of Europe“ nie eine Option. Betrachtet

man die historischen Entwicklungen der einzelnen Staaten und die über Jahrhunderte hinweg gewachsene Vielfalt europäischer Kultur und Sprache und den Stolz der Nationen auf die eigene Identität und damit verbunden auch auf ihre Selbständigkeit, um die sie zum Teil erbittert gekämpft haben, hätte ein Staatenverbund à la USA keine Chance auf Erfolg gehabt. Dem musste in der Ausgestaltung der demokratischen Entscheidungsprozesse Rechnung getragen werden. Wenn wir uns kopfschüttelnd über eine langsame und oftmals auch zu Recht als sehr zähleibige Entscheidungsfindung, mit seltsam anmutenden Abstimmungsergebnissen wundern, dann sollten wir uns genau das in unser Gedächtnis rufen.

Fußten die Vorläuferorganisationen mit der Europäischen Montanunion (Schwer-

punkt: Schutz der Produktion und des Absatzes von Stahl und Kohle) der frühen 1950ziger Jahre und ihrer Nachfolgeorganisation, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), noch auf rein wirtschaftlichen Interessen, sollte die EU auch in übergeordneten Interessenfeldern ihre Zuständigkeit und Verantwortung finden. Oft wird in diesem Zusammenhang zu Recht von einer Werbegemeinschaft gesprochen.

NATO / OTAN

Die North Atlantic Treaty Organization, kurz NATO oder auch Atlantikbündnis genannt (französisch OTAN – Organisation du traité de l'Atlantique nord), ist ein reines militärisches Verteidigungsbündnis mit einer ausschließlich auf territoriale Verteidigung bedachten Ausrichtung.

Die Mitgliedsstaaten bekennen sich zu Frieden, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ganz neu ist das nicht. Immerhin steht es so auch in der Charta der Vereinten Nationen (UN). Die NATO ist eine Werbegemeinschaft freier demokratischer Staaten. Immer mehr Staaten traten im



Laufe der Jahre bei. Die Bundesrepublik Deutschland 1955. Da gab es die Bundeswehr noch gar nicht. Die Mitglieder bestehen größtenteils aus den westeuropäischen Nationen sowie den USA und Kanada. Sämtliche Mitgliedstaaten behielten und behalten bis heute ihre volle Souveränität. Besonders als 1989 die Mauer fiel und der „kalte Krieg“ de facto für beendet erklärt wurde, waren es die ehemaligen Satellitenstaaten des Warschauer Paktes, wie z. B. die Baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Bulgarien und auch Österreich, die dem Bündnis beitreten. Die

Sicherheitsinteressen der ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder führten zu diesem Entschluss. Der Krieg in der Ukraine hat schlussendlich auch Schweden und Finnland veranlasst, ihre traditionelle Neutralität aufzugeben und dem Bündnis beizutreten.



Ganzer Artikel

Wer mehr über diese Themen erfahren möchte, kann hier den gesamten Artikel unseres Fraktionsvorsitzenden, mit interessanten Fakten über Geschichte, Finanzierung und Aktuellem lesen.



Für eine wehrhafte Demokratie in Europa

Ein Statement von unserem Mitglied im Europaparlament Daniel Freund

Die Vorteile der Demokratie bemerkt man häufig erst dann, wenn sie nicht mehr da ist, der Rechtstaat demonstriert ist und Demokratiefeinde in Regierungsverantwortung sind.

Diese Form des latenten Demokratieabbau können wir in Ungarn verfolgen.

Seit 2004 ist Ungarn Mitglied in der EU. Viktor Orban ist Mitglied des Europäischen Parlaments und er bestimmt mit seiner Denkweise den EU-Rat maßgeblich mit und so auch die Politik für 450 Millionen

Europäer*innen. Die Gefahr die von Diktatoren wie Orban für ganz Europa ausgeht, ist gewaltig. Er liefert den Rechtspopulisten in der EU die Blaupause für ihren Kampf gegen demokratische Institutionen und unsere gemeinsamen europäischen Werte. Gleichfalls ist Orban im regen Austausch mit Waladimir Putin und vertritt dessen Interessen. Wichtige Entscheidungen werden einfach per Veto durch Orban blockiert und in vielen Bereichen de facto das EU-Parlament somit lahmgelegt.

Am 1. Juli soll Orban die Ratspräsidentschaft in der EU übernehmen.

„Diesen Kampf gegen den Demokratiefeind Orban habe ich in den vergangenen 5 Jahren im EU-Parlament angenommen. Ich habe mich mit voller Leidenschaft stark gemacht für unsere gemeinsamen Werte und unsere Demokratie. Es ist politische Schwerstarbeit, aber sie trägt Früchte!

Ich kann mich an meine ersten Wochen 2019 im EU-Parlament erinnern. Gegen Victor Orban so sagten es damals viele, da kann man nichts machen. Der sei zu mächtig mit seinem Veto. Der sei geschützt durch die konservative Pateienfamilie. Also habe ich gemacht, was Europa für mich am meisten ausmacht: Bündnisse schmieden. Zusammen mit einem finnischen Konservativen, einer

spanischen Sozialdemokrin und einer ungarischen Liberalen haben wir das Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem wir Victor Orban - und allen Demokratiefeinden in der EU- bekommen können:

Dem Rechtsstaatmechanismus, also dem Instrument, welches EU-Gelder an die Einhaltung unserer Werte knüpft.

Als sich Ursula von der Leyen dann noch über Monate weigerte, dieses Gesetz gegen Orban anzuwenden, haben wir sie vor dem EU-Gerichtshof verklagt.

Dieser Einsatz hatte Erfolg! Seit mehr als einem Jahr sind mehr als 20.000.000 Euro EU-Gelder, die sonst an den Autokraten Orban geflossen wären, eingefroren.

Das war aber nur ein Etappensieg. Jetzt gilt es, die europäische Demokratie wirklich wehrhaft zu machen. Wie schaffen wir das? Indem wir sie ausbauen! Nach der Europawahl müssen wir dafür sorgen, dass undemokratische nationale Vetos von Mitgliedsstaaten endlich abgeschafft werden, damit wir handlungsfähig sind. Wir müssen die Bürger*innen Beteiligung stärken und durchsetzen, dass die Stimme der Wähler*innen darüber entscheidet, in welche Zukunft die Europäische Union steuert. So schützen

wir Europas Demokratie wirklich gegen ihre Feinde.“

Lösungswege für Probleme, die wir heute nun dringend irgendwie zu bewältigen versuchen, waren schon seit den 80ern Gegenstand vieler unserer Anträge. Nur hat man damals weder der Wissenschaft noch uns Gehör geschenkt. Vielmehr hat man unsere Weitsicht als Panikmache und unsere Lösungsvorschläge als Öko Aktivismus beschimpft.

Leider ist es heute nicht viel anders. wo uns doch die Zeit gezeigt hat, dass alles das, was wir mit Zustimmung für unsere Anträge hätten schon rechtzeitig ändern können, uns heute gewaltige Probleme, Kosten und vor allem menschliches Leid gebracht hat. Noch immer wird auf politischer Ebene Klientelpolitik zum Wohle der Partei betrieben - wider besseres Wissen um die tatsächlichen Erfordernisse.

Wir kämpfen dafür, dass es allen gut geht. Niemand soll durch Missachtung, sozialer Ungerechtigkeit oder Umweltzerstörung krank, mittellos oder heimatlos werden. Wir wissen, dass dies eine schwere und undankbare Aufgabe ist. Solange ich durch meine Wahl der Partei Macht verleihe, die nur die Interessen einer Gruppe der Bevölkerung in den Vordergrund stellt, werde ich zulassen das die Bedürfnisse anderer missachtet werden - mit allen umweltpolitischen und gesellschaftlichen Konsequenzen.



Daniel Freund

**EIN STARKES
EUROPA BEDEUTET
EIN SICHERES
DEUTSCHLAND.**

**MACHEN,
WAS ZÄHLT.**

Mehr Raum für Gemeinschaft - ein Ruf nach öffentlichen Grillplätzen

In unserer schnelllebigen und verdichten Welt, wo das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Freiraum stetig zunimmt, genießen nicht alle das Privileg eines eigenen Gartens oder Balkons. So rücken öffentliche Grillplätze immer mehr in den Fokus des öffentlichen Interesses. Diese Orte des Zusammentreffens bieten nicht nur Raum für kulinarische Erlebnisse unter freiem Himmel, sondern dienen ebenso als Plattform für interkulturellen Austausch, generationenübergreifende Begegnungen und sie bieten auch Jugendlichen einen Ort der Freizeitgestaltung.

In vielen deutschen Städten und Gemeinden wird der Ruf nach mehr öffentlichen Grillplätzen laut. In anderen Ländern sind diese schon lange Gemeinschaft stiftender Bestandteil von Stadt- und Dorfleben. Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen, insbesondere jedoch Jugendliche, möchten auch hier mehr solcher Begegnungsstätten, die frei zugänglich sind und zum Verweilen einladen.

Ein Treffpunkt für alle Generationen

Öffentliche Grillplätze sind mehr als nur ein Ort, um Essen zuzubereiten. Sie sind Treffpunkte, an denen Groß und Klein, Jung und Alt zusammenkommen können. Hier haben Großeltern die Möglichkeit, ihren Enkelkindern das Grillen beizubringen, während Jugendliche sich mit Freunden treffen und gleichzeitig den Austausch mit anderen Generationen erleben können. Diese Mehrgenerationentreffpunkte stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft und fördern den Austausch von Werten und Traditionen.

Kultureller Austausch und Integration

Darüber hinaus spielen öffentliche Grillplätze eine wichtige Rolle bei der Förderung von kulturellem Austausch und Integration. In einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft bieten sie eine niederschwellige Möglichkeit, Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenzubringen. Beim gemeinsamen Grillen kommen Menschen ins Gespräch, lernen voneinander und bauen Vorurteile ab. Dies fördert das Klima der Offenheit, des Respekt und des sozialen Friedens.

Ein Aufruf zur Schaffung mehr öffentlicher Grillplätze

Die Schaffung solcher Orte erfordert zwar eine gewisse Planung und Investition, die positiven Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl rechtfertigen in unseren Augen jedoch diesen Einsatz. Durch die Einrichtung neuer öffentlicher Grillplätze können wir einen wertvollen Beitrag zur Förderung des friedlichen Miteinanders, der kulturellen Vielfalt und der Lebensqualität in unserer Gemeinde leisten.

Es ist Zeit, dass wir gemeinsam anerkennen, wie wichtig diese Begegnungsstätten für unsere, auch immer mehr unter Ver einsamung und Verunsicherung leidende Gesellschaft sind.

Lasst uns aktiv werden und mehr Raum für Geselligkeit, ungezwungenen Austausch und Zusammenhalt schaffen.

Hast Du Ideen, wie und wo man solche Plätze einrichten könnte oder Anregungen zu unserem Vorschlag? Dann kontaktiere uns gerne. Wir werden von Euren Beiträgen und Ideen ausgehend dann einen entsprechenden Antrag in den Rat zur Abstimmung einbringen.



info@gruenebrueggen.de



**Dämmerung bei 52 Lux
Sichtweite >> 1000 mtr.
Aufnahme 19.Nov.2023**



**Dämmerung bei 5 Lux
Sichtweite >> 500 mtr.
Aufnahme 19.Nov.2023**



Thema Straßenbe- leuchtung.

Hier einige Fakten zu unserem aktuellen Antrag, die Straßenbeleuchtung erst bei einem Helligkeitswert von 5 Lux ein-, bzw. wieder auszuschalten:

- 5 Lux entsprechen fast der zwanzigfachen Helligkeit einer klaren Vollmondnacht (0,27 Lux)
(handelsübliche Dämmerungsschalter schalten auch bei 5 Lux)

Um sich es besser vorstellen zu können haben wir diese Aufnahmen gemacht.
Die hinteren Gebäude sind ca. 500 Meter entfernt

- Es existiert keine allgemeine gesetzliche Beleuchtungspflicht.
Z.B. Husum schaltet in der Nacht von Samstag auf Sonntag sogar alle Laternen aus
- Kostensparnis wird erzielt durch geringeren Materialverschleiß, Wartungsaufwand (inkl. Personalkosten) und Stromverbrauch

- Gewinn an Nachhaltigkeit durch weniger Lichtverschmutzung und damit verbunden eine geringere Gefährdung der nachtaktiven Tiere (60% aller Tiere sind nachtaktiv) und aller Pflanzen.

- Einsparung von Treibhausgasen

Laut Bund:
pro Jahr steigt die Lichtverschmutzung um 6% an. Volkswirtschaftlicher Schaden durch Rückgang der Insekten weit über 190 Milliarden €

Heute Mittag bei REWE

„Moin zusammen, kennt ihr das auch? Ihr seid ein „Jugendlicher auf'm Land“ und habt das Gefühl, dass es hier einfach nix für einen gibt? Keine coolen Treffpunkte, keine spannenden Veranstaltungen, keine Orte, wo man einfach mal ungestört entspannen kann. Dann seid ihr nicht allein. Es ist schon ätzend so mit 16 hier auf dem Land, während die Städte überquellen mit ihren Parks, Musikangeboten, täglich geöffneten Jugendzentren und super Bus- und Bahnverbindungen. Und wir müssen uns hier mit dem abfinden. Da steht man also ab Mittag bei Rewe und hat keinen Plan, was man machen kann. Entweder wir hängen vorne rum und langweilen uns oder wir lassen uns von den Leuten im Markt komisch angucken und bei schlechtem Wetter ist es erst recht öde. Ich meine, wir sind

auch Menschen, wir möchten uns treffen, Spaß haben und irgendwas machen können, ohne direkt in einen Verein einzutreten zu müssen. Und das muss doch auch hier auf dem Land möglich sein, oder?

Also gibt uns Jugendlichen die Chance, dass wir uns einbringen können und uns willkommen fühlen. Gebt uns Räume, die wir selbst gestalten und in denen wir uns frei bewegen können, denn dann werden wir sie auch wertschätzen, wie zum Beispiel unsere Skateranlage.

Bietet genügend, täglich geöffnete, kompetente Anlaufstellen für uns an, an die wir uns wenden können, wenn wir mal Gesprächsbedarf oder Sorgen haben und nicht weiterwissen, oder auch nur einfach jemanden zum Zuhören brauchen, der einem ungeteilte Aufmerksamkeit schenkt.“

Dass alles ist bitter nötig, denn laut Sozialraumanalyse des Kreises gibt es in unserer Gemeinde sogar Wohlstandsverwahrlosung!

**In diesem Sinne:
Wir möchten dafür sorgen, dass sich Jugendliche bei uns nicht nur „Heute Mittag bei Rewe“ treffen können.**

**Hinweis an Euch:
Jetzt seid Ihr gefragt! Wir möchten, dass Ihr Euch mit Euren Ideen und Vorschlägen bei uns meldet, wie wir unsere Burggemeinde jugendfreundlicher gestalten können. Keine Idee ist zu verrückt oder zu klein! Wir wollen von Euch hören, was Ihr Euch wünscht und dann an den Rat einen Antrag in Eurem Sinne stellen. Ihr wisst selbst, was Ihr braucht: also worauf wartet Ihr noch? Legt los!**

40 Jahre Grüne in unserer Gemeinde Brüggen

Im Mai 1984, gründeten Brüggener Bürgerinnen und Bürger die Partei 'Die Grünen'.

Die Gründungsmitglieder*innen kamen aus dem Umfeld der Kirche, der Friedensbewegung und eine Vielzahl der ersten Parteimitglieder war in Umweltgruppen aktiv.

Im September 1984 stellten wir uns zum ersten Mal zur Kommunalwahl und erhielten zwei Sitze in unserem Gemeinderat. Seit diesem Zeitpunkt bringen wir uns mit all unserem Idealismus für eine Sicherung unserer aller Lebensgrundlagen und für ein friedliches und wertschätzendes Miteinander ein.

Nun wird es leider immer deutlicher, dass nur diese Werte unser Leben lebenswert machen können.

Als nun zweitstärkste Fraktion im Gemeinderat setzen wir uns immer noch mit all unserer Energie und unserem Wissen dafür ein, das auch unsere Heimat noch lebenswerter wird.

Wir haben bereits viel angestoßen und erreicht, aber jetzt drängt die Zeit!

Egal ob du schon politische Erfahrung hast, oder nicht, bei uns bist du herzlich willkommen!

Wir glauben fest daran, dass jeder Mensch zählt und das Veränderung von unten kommen muss. Also worauf wartest du noch?

Sei Teil unseres grünen Aufbruchs. Gemeinsam bündeln wir Wissen, Ideen und Energie um viel bewegen zu können.

Melde Dich doch mal bei uns!

info@gruenebrueggen.de
oder direkt bei
Sonja 015788373004

Bringt euch ein und gestaltet EURE Zukunft !!!

Bist du auch der Meinung,dass es nun an der Zeit ist politische Entscheidungen aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Nachhaltigkeit endlich verantwortungsvoll zu treffen?

Dann bist du hier genau richtig!

Wir, das Team von Bündnis-90 Die Grünen aus Brüggen, suchen motivierte Leute wie Dich, um unsere grüne Bewegung zu verstärken und unsere Gemeinde friedlich und nachhaltig zu gestalten.

Viele unserer Mitglieder*innen haben bereits viel erreicht, aber wir sind uns einig: Jetzt ist es an der Zeit, noch mehr Ideen und Energie einzubringen. Egal, ob du schon politische Erfahrung hast oder nicht, bei uns bist du herzlich willkommen! Wir glauben fest daran, dass jede einzelne Stimme zählt und das Veränderungen von unten kommen müssen. Also, worauf wartest du noch?

Sei Teil unseres grünen Aufbruchs in unserer Gemeinde! Gemeinsam können wir noch mehr zum Guten wenden und nicht nur unsere Zukunft, sondern auch die unserer Kinder und Kindeskinder lebenswert gestalten.

Denn, die Demokratie ist nicht eine Form der Selbstverständlichkeit, sie ist ein lebendiges Objekt, was nur durch Mitgestaltung aller bestehen kann.

Melde ich bei uns und werde Teil unserer grünen Gemeinschaft.

Mit grünen Grüßen

Sina, Benedikt, Sonja, Katrin, Uli, Gaby, Rainer, Nicole, Ulrich, Bettina, Anne, Josef, Martina, Jens, Norbert, Hilda, Theo, Benedict, Marita, Thomas.....





AUFNAHMEAANTRAG

Ich will in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied werden.
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.

Nachname*

Vorname*

weiblich

männlich

inter/divers

Straße, Hausnummer*

PLZ, Ort (Wohnsitz)*

Adresszusatz

Land

Geburtstag*

Staatsangehörigkeit*

Beruf

Telefon/Mobil

E-Mail*

Ich zahle einen **Monats**beitrag in Höhe von _____ Euro**.
Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus.

Zahlungsweise (bitte ankreuzen)

monatlich

vierteljährlich

jährlich

* Pflichtfeld

** Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel 1 % des Nettoeinkommens. Davon abweichende Beitragsregelungen werden vom zuständigen Kreisverband festgelegt.

- Ich bin damit einverstanden, dass personenbezogene Daten von mir im Rahmen meiner Parteimitgliedschaft zur Information über parteirelevante Aktivitäten und für satzungsgemäße Zwecke zur Erfüllung der Aufgaben der Partei verarbeitet werden. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen, wie auch meine Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch wahrnehmen. Wenn ich glaube, dass die Verarbeitung meiner Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt, kann ich mich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde beschweren.
- Grundsätzlich gilt, dass die Gebietsverbände der Partei jeweils auf die Daten ihrer zugehörigen Mitglieder zugreifen können. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt. Sollte die Mitgliedschaft nicht zustande kommen, werden meine Daten nach achtzehn Monaten gelöscht bzw. anonymisiert. Wenn die Mitgliedschaft beendet wird, werden die Daten in der Regel nach zwei Jahren anonymisiert, die nicht für die Mitgliedschaftsdokumentation, Rechenschaftspflicht oder andere gesetzliche Verpflichtungen gespeichert bleiben müssen. Weiteres zum Datenschutz unter www.gruene.de/datenschutz.
- **Ich bin nicht Mitglied einer anderen Partei.**

Ich bin unter 28 Jahre alt, möchte aber NICHT gleichzeitig Mitglied der GRÜNEN JUGEND werden.

Ich möchte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Informationen über Mitmach-Aktionen (z.B. Petitionen, Veranstaltungen etc.) erhalten. Dafür wird das Angebot von ActionNetwork genutzt, einer Non-Profit-Organisation. Alle Daten werden im Einklang mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung verarbeitet und die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Weitere Informationen zum Datenschutz bei grünen Mitmach-Aktionen unter www.gruene.de/datenschutz-mitmach-aktionen

Ich bin damit einverstanden, alle Einladungen und Parteitagsunterlagen per E-Mail statt per Post zu erhalten

Ort, Datum

Unterschrift

Erteilung eines Mandats zum Einzug von SEPA-Basis-Lastschriften (wiederkehrende Zahlung)

Ich ermächtige BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich das Kreditinstitut an, die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kontoinhaber*in (Vorname Name) _____

IBAN _____ BIC _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für eine wiederkehrende Zahlung.

Vom Orts-/Kreisverband auszufüllen

Mandatsreferenz _____

Die oben genannte Person wurde am _____ als Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgenommen.

Ort, Datum und Unterschrift des Orts-/Kreisverbands _____

Neues aus Fraktion und Rathaus

In dieser Legislaturperiode, die ja noch bis zum Herbst 2025 andauern wird, haben wir den Gemeindehaushalt bereits mehrfach abgelehnt und ihm im Jahr 2022 mit argen Bedenken zugestimmt. Aber auch da hätte man besser ablehnen müssen. Dem Haushalt 2024 verweigerten wir unsere Zustimmung ebenfalls. Nun ist es nicht so, dass wir die Gemeindehaushalte ablehnen, weil uns die Rolle einer Opposition zur Verwaltung liegt. Wer unsere Haushaltsreden zu den Haushaltssjahren 2021 bis 2024 liest, wird erkennen, dass wir sehr dezidiert darlegen konnten, warum wir ablehnen mussten. Viele Kritikpunkte ziehen sich wie ein roter Faden durch sämtliche Haushalte:

- Sich negativ entwickelnde betriebswirtschaftliche Kennzahlen
- Personalkosten, die sich mehr und mehr zu einem Mühlstein um den Hals der Gemeinde legen
- Lediglich kurzfristiger Ausgleich negativer Bilanzen durch Verkauf von Bauland
- Kreditaufnahmen für eine zu ambitionierte Investitionspolitik
- Unkoordinierte Konzepte

Insbesondere die vermehrte Aufnahme von Krediten und die Art der geplanten Investitionen, für die diese aufgenommen werden, bereiten uns Sorgen. Kreditrückzahlung und Kreditzinsen werden den Haushalt überfordern und den Handlungsspielraum der Gemeinde über viele Jahre einengen.

Stand 31.12.23

Laufende Kredite 26.300.000 €
Zinsen jährlich 500.000 €
Tilgung jährlich 1.300.000 €

Haushaltsrede 2024:



Kreuzherrenplatz

Das Projekt Kreuzherrenplatz (KHP) ist planerisch wieder bei null angekommen. Die archäologischen Funde sind nicht so belanglos, als dass man sie der Nachwelt vorenthalten sollte und die Absicht, Bäume neu zu pflanzen lässt sich wegen der Mauerfunde auch nicht verwirklichen. Ähnlich verhält es sich mit den Betonplatten, die man als Oberfläche setzen wollte. Der poröse Untergrund würde unter der Last der Betonplatten zusammenbrechen. Umfangreiche Erdarbeiten und das Setzen zusätzlicher Betonpfähler, die die Platten zu tragen hätten, wären eine Folge. Die angestrebte Barrierefreiheit würde sich sonst zu einer Unzahl von Stolperfallen umkehren. Dasselbe gilt für den geplanten Niveaualausgleich zur Fußgängerzone hin und der damit verbundenen Kanalisation. Kurzum: Der Umgestaltungsplan, der von großen Teilen des Rates im Jahr 2020 mit viel Gejöse verabschiedet und von uns immer abgelehnt wurde, ist obsolet! **Das heißt aber nicht, dass der Silberahorn, um dessen Erhalt Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger mit so viel Engagement gekämpft haben, nun gesichert wäre.**

Wir Grüne hatten im Rat den Wunsch geäußert die Absicht der kompletten Umgestaltung aufzugeben. Wäre es nicht besser zu überlegen, wie kann man unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger eine Optimierung des historisch gewachsenen Ensembles unseres Kreuzherrenplatzes, mit dem schönen alten Kloster und der Kirche kostengünstig umsetzen kann? Barrierefreiheit inklusive.

Leider ist unser Vorschlag abgewiesen worden. An der Entscheidung, den gesamten Platz umzugestalten, wird festgehalten. Aber muss deswegen der Silberahorn weichen? Wir sagen nach wie vor NEIN!!!

Zunächst muss ein neuer Architekt gefunden werden. Der alte Planer ist quasi über die Jahre der Umgestaltungsabsicht in den verdienten Ruhestand gegangen und einen Nachfolger gibt es nicht. Die Neuaußschreibung hat aufgrund der Projektgröße europaweit zu erfolgen.



Im Laufe der letzten Planung hat uns das Projekt der Komplettumgestaltung des Kreuzherrenplatzes, laut Verwaltungsauskunft, bereits 82.000 Euro Steuergelder gekostet – und für was?

Schwimmbad

Auch hier stellen wir alles auf Anfang. Sämtliche Überlegungen ein Hallenbad gemeinsam mit Niederkrüchten bauen und betreiben zu wollen, haben sich zerschlagen. Wir sind also an dem Punkt, den wir schon vor ca. einem Jahrzehnt diskutierten: Wie finanzieren wir einen Neubau des Hallenbades?

Die Finanzierung macht uns erhebliche Sorgen. Noch immer gibt es keine Fördermittelusage durch das Land. Sollten es nur 10 statt der 60% sein, die uns einst vollmundig aus dem Rathaus genannt wurden, wird das nicht reichen. Diese Frage soll sich dem Vernehmen nach im Laufe des Jahres entscheiden. Hinzu kommt, ein Badneubau wird gar nicht gefördert. Nur „Badrenovierungen“ haben Aussicht auf Fördergelder. Wie umfangreich eine Badrenovierung oder Ertüchtigung zu sein hat oder überhaupt sein darf, ist nicht definiert. Die Absicht, die Ausschussmitglieder des Betriebsausschusses über neue Entwicklungen zu unterrichten, musste im Frühjahr gestrichen werden. Begründung: Kein neuer Sachstand!



Feuerwehrgerätehaus Bracht

Wir sind uns im Rat einig, dass wir neue Feuerwehrgerätehäuser brauchen. Das, was wir haben, ist in die Jahre gekommen und entspricht in keinerlei Hinsicht mehr den Sicherheitsstandards und den wachsenden Aufgaben der Feuerwehr. Auch ist das Gebäude zu eng für die jetzigen Einsatzfahrzeuge, es gibt keine ausreichende Möglichkeit für Feuerwehrfrau und -mann, sich vor einem Einsatz umzuziehen, bzw. sich nachher zu duschen oder die kontaminierte Bekleidung vorschriftsgerecht zu entsorgen. Der Raum reicht nicht aus, Fahrzeuge, Gerät und Einsatzbekleidung wettergeschützt und vorschriftsmäßig unterzubringen.

Hinzu kommt die Leitstelle, das Herz der Führungszentrale, sie muss auf den neuesten Stand gebracht werden, um schnell und störungsfrei den Einsatz durchführen zu können. Damit das so sein kann, müssen wir unserer Feuerwehr die Mittel und die Rahmenbedingungen an die Hand geben, die das alles möglich machen.

Feuerwehren, insbesondere wenn sie aus Freiwilligen bestehen, die ihre Freizeit opfern, um unser aller Sicherheit zu gewährleisten, haben es verdient, bestmögliche Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Bestehen ihrer mannigfältigen Aufgaben vorzufinden. Sie müssen optimale Trainingsmöglichkeiten haben, um sich auf alle Einsatzszenarien vorbereiten zu können. Was nicht geübt wird oder geübt werden kann, wird unter Umständen den reibungslosen Ablauf eines Einsatzes gefährden.

Das gilt übrigens auch für den Nachwuchs, also der Jugendfeuerwehr. Dafür braucht es zusätzlich moderne Schulungsmittel in extra dafür hergerichteten Räumen, die auch für Lagebesprechungen genutzt werden können, aber auch Sozialräume, in denen sich die Frauen und Männer je nach Art und Umfang des Einsatzes über einen längeren Zeitraum aufhalten, Ruhe finden und ggf. auch selbst verpflegen können. Das bedingt, dass wir ihnen Fitnessräume einschließlich geeigneter Fitnessgeräte anbieten müssen. Sie auf die Fitnessstudios im Umland zu verweisen, ist wenig zielführend.

Dies alles kostet sehr viel Geld. Aber die Sicherheit unserer Gemeinde und der Menschen, die hier leben, ist nun einmal das höchste Gut und sollte es uns bei aller Knappheit der Ressource Geld, wert sein!

Das Projekt Feuerwehrgerätehaus Bracht geht voran. Es ist ein Architekturbüro ge-

funden worden, dass bereits Feuerwehrgerätehäuser erfolgreich gebaut hat und in einer überzeugenden Präsentation Kompetenz nachweisen konnte. Zurzeit befinden wir uns noch in der Planungsphase. Was brauchen wir an Funktionalität? Es geht nicht um Luxus oder die oft beschworene „Kunst am Bau“, sondern um das Schaffen eines Zweckgebäudes, dass die Chance bietet, den hohen Anforderungen der nächsten Jahrzehnte gerecht werden zu können.

Richtig ist aber auch, dass wir in Bracht die Haupt- oder besser „Schwerpunktwache“ sehen, die ausgestattet ist mit allen Ausbildungsmitteln und -möglichkeiten um somit „Heimat unserer Feuerwehr“ sein zu können.

Die Standorte in Brüggen, Born und Lüttelbracht befinden sich ebenfalls in einem bemitleidenswerten Zustand. Sie müssten genauso neu gebaut werden. Aber alles gleichzeitig geht nicht. Immerhin müssen wir in Bracht mit einem Mittelansatz planen, der weit im zweistelligen Millionen Eurobereich liegen wird. Solch einen Kraftakt wird es für die drei anderen Standorte nicht geben können. Dazu fehlt uns schlichtweg das Geld. Wir werden sie so zu ertüchtigen oder neu zu bauen haben, dass sie über die Infrastruktur verfügen, die es braucht, um in wenigen Minuten mit dem Rettungsgerät zum Einsatzort zu gelangen.

**Die Feuerwehr hilft Ihnen, wenn Sie einen Verkehrsunfall haben, Ihr Haus brennt, Ihr Keller unter Wasser steht, bei allen Arten von Naturkatastrophen, Chemieunfällen und.....
wenn Ihre Katze nicht mehr allein vom Baum runterkommt!**

Kommunale Wärmeplanung

Die Energiewende mit der Wärmeplanung von Wohn- und Gewerbequartieren sollte DAS „Leuchtturmprojekt“ dieser Gemeinde sein. Ob Brüggen eine Zukunft auch wirtschaftlich hat, wird sich an der Frage entscheiden, ob wir es schaffen, die CO2-Neutralität bis spätestens 2045 herzustellen. Ein früherer Zeitpunkt, den schon viele andere Kommunen anstreben, oder sogar schon erreicht haben, wäre wünschenswert, ein danach ist verantwortungslos!

Vor exakt einem Jahr haben wir zu diesem Thema einen Grundsatzantrag gestellt, der auch einstimmig angenommen wurde.

Ziel dieses Strategieplans ist die Wärme wende ganz im Sinne des Integrierten Klimaschutzkonzeptes, dem wir uns gemeinsam mit anderen Gemeinden und dem Kreis Viersen angeschlossen haben, in unserer Burggemeinde schneller voranzubringen. Das heißt, Wärme- und Kälteenergie in erheblichem Maße einzusparen und den verbleibenden Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien und damit treibhausgasneutral zu decken.

Wärme macht in Deutschland mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs aus. Ein Großteil davon wird noch aus fossilen Energieträgern, wie z. B. Erdgas, gewonnen. Davon entfallen rund 18 Prozent der CO2-Emissionen auf das Beheizen und Kühlen von Räumen sowie die Warmwasserbereitstellung. Das Ziel einer treibhausgasneutralen Wärmeversorgung des Gebäudebestands lässt sich nur dann sinnvoll erreichen, wenn der Wärmebedarf der Gebäude mittels Energieeffizienzmaßnahmen drastisch gesenkt und gleichzeitig der verbleibende Restbedarf umweltfreundlich erzeugt wird.

Die Kommunale Wärmeplanung greift diese Problematik auf und kann damit den Grundstein für eine nachhaltige Wärmeversorgung legen. Sie zeigt nicht nur, wo und wie viel Energie zur Wärmegewinnung benötigt wird, sondern auch, wo welche erzeugt wird. Diese Potenziale zu heben, ist nur ein Baustein eines ganzheitlichen Strategiekonzepts. Mit diesem Instrument können bestehende Potenziale für erneuerbare Energien und Energieeffizienz strategisch erschlossen, Investitionsentscheidungen koordiniert und quartiersbezogene Sanierungsprojekte zielgerichtet und effizient ausgerichtet werden.

„Für die Akzeptanz und das Gelingen der kommunalen Wärmeplanung ist es wichtig, dass alle relevanten Akteur*innen frühzeitig und konsequent mit einbezogen werden und dass der Erstellungsprozess auch eine interkommunale Abstimmung von Anfang an mitdenkt.“

So schrieben wir es in die Antragsbegründung. Zwischenzeitlich arbeitet auch unser kommunaler Energieanbieter, die NEW, an einer Bestandsaufnahme und an Lösungen für die Burggemeinde. Sie wird der Verwaltung und dem Rat zur Verfügung gestellt.

Wie man es von Grundsatzanträgen her kennt, muss man sie jetzt auch mit Leben füllen und in die Tat umsetzen. Sonst verschwinden sie in der Schublade. Das aber wäre in diesem Fall der GAU!

WIE WOLLEN WIR IN ZUKUNFT ESSEN?

Feststeht und ist nicht wegzudenken, wir brauchen eine Ernährungswende. Doch wie sieht unser tägliches Essen aus, das uns gesund hält, den Planeten schützt, alle satt macht und auch noch schmeckt. Die Skandale rund um Lebensmittel und Tierhaltung sind mittlerweile bei jedem von uns angekommen. Groß ist das Entsetzen, wenn Bilder von mit Hormonen vollgestopften Kühen, von Küken schreddern, verwahrlosten Rindern oder pestizidsprühenden Flugzeugen in den Medien für Minuten aufflimmert. Fragen wie: „Will ich das unterstützen? „Oder: „Weiß ich überhaupt noch, was ich da esse?“, schießen durch den Kopf. Unsere westlichen Ernährungsgewohnheiten mit einem Zuviel- vor allem an Fleisch - haben nicht nur gesundheitliche Risiken, sie übersteigen auch die Leistungsgrenzen unserer Erde und treiben den Klimawandel voran. Hinzu kommt, dass zu viel Nahrung verschwendet wird und im Müll landet. Bei uns sind die Gründe der Verschwendung so vielfältig wie unnötig. Unsinnige Mindesthaltbarkeitsangaben, Aussortieren aufgrund oberflächlicher Makel oder künstliche Verknappung durch Vernichtung von Teilen der Ernte, um den Preis hochzuhalten. Rund ein Drittel der gesamten Umweltbelastungen werden durch Konsum und Produktion von Lebensmitteln verursacht.

Inzwischen hat ein starker Wunsch nach Nachhaltigkeit in vielen Küchen und auf zahlreichen Tellern Einzug gehalten. Immer mehr Menschen möchten sich gesünder ernähren, fordern einen bes-

seren und ursprünglicheren Geschmack der Produkte. Auch das Bewusstsein für artgerechte Tierhaltung und das Interesse daran, woher unser Essen kommt, wächst zunehmend. So wird auch in unserer Burggemeinde das Einkaufen von saisonalem Obst, Gemüse, Geflügel und Fleisch direkt beim Bauern, auf dem Markt oder in der Region immer beliebter. Auch wird das Gärtnern im eigenen Garten und sogar auf dem Balkon wiederentdeckt. Wir begrüßen das Umdenken unserer hiesigen Lebensmittelunternehmen, Bürger*innen und Gastronom*innen, die ihr Angebot zunehmend um regionale und fleischlose schmackhafte Alternativen erweitern. Wenn wir jedoch auf die Marktplätze, Speisekarten und den Lebensstil benachbarter Städte schauen, scheinen wir hier in einem Dornröschenschlaf dahinzudämmern. So arbeiten zum Beispiel seit 2010 verschiedene Städte im Bereich des Bio- und Ökolandbaus im Netzwerk Biostädte zusammen. In vielen Kommunen finden sich längst nachhaltige Projekte für die Versorgung mit Lebensmitteln wie gemeinschaftliche Gartenprojekte, die die Stärkung von sozialem Zusammenhalt und regionale Ernährung vereinen. Auch verpachten viele Kommunen ihre landwirtschaftlichen Flächen nur noch an nachhaltig und ökologisch wirtschaftende regionale Kleinbauerliche Betriebe und stoppen den Verkauf der gemeindeeigenen Äcker.

Kommunen haben bei der nachhaltigen

Gestaltung von Ernährungssystemen zahlreiche Möglichkeiten. Das Thema Ernährung muss in das Handlungsfeld nachhaltiger Stadtentwicklung als fest integriert sein. Es ist ein Querschnittsthema, welches eine Vielzahl von kommunalpolitischen Aufgabenbereichen betrifft und miteinander verknüpfen kann. Wir werden uns auch in unserer Gemeinde in Zukunft nicht nur bei Energieversorgung und Mobilität, sondern auch bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln neu aufstellen müssen.

Nachhaltige und regionale Modelle, die weder unserer Umwelt noch uns schaden, werden immer stärker nachgefragt, denn es ist nun leider für alle Menschen spür- und sichtbar geworden, dass eingetreten ist, wovor uns die Wissenschaft schon seit den 70er Jahren gewarnt hat. Wir Grünen kämpfen bereits Jahrzehnte an der Seite der Wissenschaft für die Sicherung der Lebensgrundlagen aller. Jeder kleine Erfolg muss hart erarbeitet werden und gegen die Interessen der gut vernetzten Großkonzerne, mit deren Nutznießern, und gegen die Unwissenheit oder persönliche Vorteilsnahme mancher Entscheidungsträger in den politischen Gremien.

Also lassen sie uns jetzt dieses lebenswichtige Thema Ernährung mit all seinen Facetten endlich zum Wohle aller gemeinsamen Angehen! Handeln auch sie! Jede und jeder Einzelne kann die Welt ein bisschen besser machen! Angefangen vom einfachen Kreuz auf dem Wahlzettel, über den Einkauf von Biolebensmitteln- wenigstens für unsere Kinder- bis hin zu eigenen Projekten!

Werden sie aktiv!!!





Hunde-freilauf in Brüggen 2.0

Wie bereits in unserem letzten Grünen Blatt berichtet, wurde unser Antrag auf eine Hundefreilauffläche in der Gemeinde Brüggen nach Niederkrüchtener Vorbild im Liegenschaftsausschuss abgelehnt. Angeblich gäbe es keinen Bedarf für eine solche Investition.

Keinen Bedarf woran?

- An einer Möglichkeit für Hunde, sich ohne Leine mit Artgenossen auszutoben?
- An sozialen Kontakten der Hundebesitzer untereinander und einem stressfreien Austausch unter Gleichgesinnten?
- An Freude und Spaß für Mensch und Tier?

Mal ganz ehrlich: es kann und darf doch nicht Realität sein, dass eine Gemeinde ihren steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern mit Hund noch nicht einmal dieses Minimalvergnügen ermöglichen möchte, oder den touristischen Mehrwert komplett außer Acht lässt. Wir sprechen hier nicht von Investitionen in Millionenhöhe! Interessierte und en-

gagierte Gemeindemitglieder haben sogar eigene Grundstücke angeboten oder Vorschläge eingebracht, wo eine Hundefreilauffläche realisierbar wäre.....ohne Rückmeldung bzw. mit ablehnender Reaktion seitens der Gemeinde.

Interessanterweise wird jetzt eine „Hunde-Erhebung“ durchgeführt, d.h. sämtliche Hunde auf Brüggener Gemeindegebiet, deren Besitzer es versäumt haben, sie anzumelden, sollen nun gefunden werden, um die regulären Hundesteuern zu generieren.

Vielleicht wäre es der richtige Zeitpunkt, noch einmal über die Schaffung einer

Hundefreilauffläche nachzudenken. Denn anscheinend gibt es in der Gemeinde Brüggen ja doch noch mehr Hunde als gedacht. Und die wollen auch alle mal frei laufen dürfen!

Die Hundefreilauffläche ist in Niederkrüchten so gut angekommen, dass man bereits nach einer 2. geeigneten Fläche sucht. Diese soll sogar mehrfach so groß sein wie die Fläche, die wir beantragt haben.





**MACH NAZIS
EIN KREUZ
DURCH DIE
RECHNUNG.**



**MACHEN,
WAS ZÄHLT.**

gruene.de

Member of the
European Greens